

**Sitzungsvorlage**  
**Antrag**

Nr.: 2019/308

**Antrag der Gruppe grüneXsoli vom 11.08.2019: Ausrufung des  
Klimanotstandes für den Landkreis Lüchow/Dannenberg**

Ausschuss regionale Entwicklung, Wirtschaft und ÖPNV	03.09.2019	<b>TOP</b>
Ausschuss Bauen, Abfall und Kreisstraßenunterhaltung	04.09.2019	<b>TOP</b>
Ausschuss Umwelt, Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft	05.09.2019	<b>TOP</b>
Kreisausschuss	16.09.2019	<b>TOP</b>
Kreistag	23.09.2019	<b>TOP</b>

Eingang per E-Mail am 11.08.2019

Gruppe grüneXsoli

Kreistag Lüchow/Dannenberg Banzau, d. 11. 8. 2019

Wir bitten darum, folgenden Punkt auf die Sitzung des Umweltausschusses am 29.8. 2019, des KA und des KT zu setzen:

**Ausrufung des Klimanotstandes für den Landkreis Lüchow/Dannenberg**

**Beschlussempfehlung:**

Der Kreistag ruft den Klimanotstand für den Landkreis Lüchow/Dannenberg aus.

Der Schutz des Klimas wird in allen klimarelevanten Entscheidungen der Kreisverwaltung sowie des Kreistages konsequent berücksichtigt, zum Beispiel für die Haushaltspläne 2020 und nachfolgender Haushalte, etwa in der Beschaffungsstrategie, in der Verkehrsplanung( z.B. ÖPNV, Förderung des Radverkehrs) oder im Gebäudemanagement etc.

Die Klimaschutzleitstelle bleibt erhalten und auf drei unbefristete Stellen verstärkt.

Der Beschluss mit der Begründung wird als Information an das Umwelt- und Wirtschaftsministerium der Bundesregierung weiter geleitet.

## **Begründung:**

In den letzten 140 Jahren seit Beginn der Industrialisierung hat sich die Erdtemperatur um 1,41 Grad erhöht. ( vgl. neuester Bericht des Weltklimarates August 2019)

Schon jetzt spüren wir weltweit die katastrophalen Auswirkungen der Erderwärmung.

Um das Klimaziel 2030, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen und uns damit vor noch dramatischeren Auswirkungen des Klimawandels zu schützen, haben wir, so war die Aussage des Weltklimaberichts von Oktober 2018, etwa nur noch 10 Jahre Zeit, vorausgesetzt, dass beispiellose Veränderungen in der Lebensweise und im Wirtschaften der Menschen erfolgen. Beides ist bislang noch nicht eingetreten.

Und es ist noch dramatischer, denn nach dem neuesten Bericht des Weltklimarates von August 2019 schreitet der Klimawandel schneller voran, als noch im Oktober 2018 angenommen, beschleunigt durch Auftauen von Permafrostböden, Abschmelzen der Pole und Gletscher sowie verstärktes Abholzen des Regenwaldes, so dass sich Dürren ausweiten mit verheerenden Auswirkungen auf die Welternährung. Es sieht so aus, dass wir das 1,5 Grad Klimaziel weit verfehlen, sich die Klimazonen verschieben werden und wir ungebremst einer Klimakatastrophe zusteuern.

Wir spüren die Auswirkungen: Seit Beginn der Wetteraufzeichnungen war der Monat Juni in diesem Jahr der bislang heißeste Juni weltweit. In diesem Juli erreichten die Temperaturen in ganz Europa Rekordwerte, bei uns bis zu 42 Grad.

Auch bei uns im Landkreis ist die Trockenheit Besorgnis erregend. Ausgetrocknete Dorfteiche und Bäche, nicht nur Tausende von Birken ( vgl. EJZ 13.7.), auch ganze Waldbereiche selbst an feuchteren Standorten mit Eichen, Buchen oder Eschen sterben ab. Löschbrunnen fallen trocken. Die Aussage eines Landwirtes: „Diese Trockenheit ist grausam“.

Wir befinden uns in einem Notstand.

Die Politik der Bundesregierung versagt. Politiker/Innen handeln halbherzig, nicht konsequent, sie handeln verantwortungslos. Auch hier befinden wir uns in einem Notstand. Wissenschaftler, Zukunftsforscher fordern, um die Klimaziele erreichen zu können, deutliche Veränderungen in unserer Lebensweise hin zu Lebensstilen, die weniger Energie verbrauchen und Ressourcen schonen.

Ohne Einschränkungen und Verzicht in unserer Lebensweise werden wir die Klimaziele nicht erreichen können, so der bekannte Wissenschaftsjournalist Harald Lesch. Der bedeutende Klimaforscher Prof. Schellnhuber fordert in einem Interview in der ZEIT ( 13. Juni) einen „Umbau der gesamten Art und Weise, wie wir leben, wirtschaften und mit der Natur umgehen“.

Von diesem notwendigen Umbau in Wirtschaft und Politik und von einer deutlichen Veränderung hin zu maßvollen Lebensstilen, wie es Wissenschaftler fordern, sind wir in unserer Gesellschaft jedoch sehr weit entfernt. Das was Not tut und unerlässlich ist, um die Klimaziele erreichen zu können, wird von der Politik nicht ausgesprochen, aus Angst davor, Wählerstimmen zu verlieren.

Viele Städte und Gemeinden in Deutschland und weltweit haben den Klimanotstand ausgerufen, in Deutschland z.B. Konstanz oder Kiel, auch Ludwigslust. Die Ausrufung des Klimanotstandes für den Landkreis Lüchow/Dannenberg wäre ein deutliches Signal an die Politik und an die Verwaltungen des Landkreises sowie an die Menschen in Lüchow/Dannenberg, dass der Klimawandel eine akute, und zwar eine existentielle Bedrohung ist. Wir alle müssen im Landkreis gemeinsam handeln.

Die Ausrufung des Klimanotstandes wäre ein weiterer Schritt dahin, ein gesellschaftliches Umdenken zu erlangen. Es wäre ein Signal dafür, dass dringendst gehandelt werden muss, dass so schnell es irgendwie geht, wirklich alles dafür getan werden muss, den Klimaschutz voran zu bringen und dem Schutz des Klimas aller höchste Priorität zukommen zu lassen. Wir haben keine Zeit mehr. Worauf wollen wir noch warten?

Hermann Klepper, Soli,

Mitglied Umweltausschuss

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Fortführung der Klimaschutzleitstelle wird in der Vorlage 2019/307 umfassend behandelt. Daher nimmt die Stellungnahme lediglich auf die Thematik „Klimanotstand“ Bezug.

Bereits über 100 Kommunen beschäftigen sich mit dem Ausrufen des Klimanotstandes.<sup>1</sup> Die niedersächsische Klimaschutz- und Energieagentur (KEAN) fasst in einem Artikel mehrere Sichtweisen und wissenschaftliche Aussagen zusammen. Dabei gilt es insbesondere zu unterscheiden, dass der Begriff „Klimanotstand“ ein politischer Begriff mit Symbolcharakter ist, jedoch nicht mit einem formalen Notstand, nach Notstandsgesetzen und -verordnungen gleichzusetzen ist, der in Krisensituationen die Handlungsspielräume der Staatsorgane erweitert. Die KEAN veröffentlicht in ihrem Artikel einen Ausschnitt aus dem Antrag im Rat der Region Hannover: „Die Ausrufung des Klimanotstands soll keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen sein.“<sup>2</sup>

Konstanz ruft als erste Stadt Deutschlands, den Klimanotstand aus und benennt konkrete Maßnahmen (s. Anlage).

Durch die Beschlussfassungen behandeln die jeweiligen Kommunen den Klimaschutz mit höchster Priorität in politischen Entscheidungen und Verwaltungshandeln.

Im vorliegenden Antrag wird auf alle „klimarelevanten Entscheidungen“ des Kreistages hingewiesen. Fraglich ist wie diese Einstufung umgesetzt werden soll. In der Stadt Konstanz wird für sämtliche politische Beschlussvorlagen ab September 2019 das Kästchen „Auswirkungen auf den Klimaschutz“ mit den Auswahlmöglichkeiten „Ja, positiv“, „Ja, negativ“ und „Nein“ verpflichtender Bestandteil. Wird die Frage mit „Ja, positiv“ oder „Ja, negativ“ beantwortet, muss die jeweilige Auswirkung in Zusammenarbeit mit dem Klimaschutzbeauftragten in der Begründung dargestellt werden. Ein ähnliches Vorgehen kann auch die Klimaschutzleitstelle anbieten.

Die Stadt Osnabrück, ebenfalls Masterplan-Kommune, ist eine der ersten niedersächsischen Kommunen, die den Klimanotstand behandelte und am 28.05.19 mit dem Titel „Anstrengungen für kommunale Klimaschutz-Politik verstärken“ beschlossen hat (s. Anlage). Über die Begrifflichkeit bestehen unterschiedliche Meinungen. Einige kritisieren den alarmierenden Ton.

In Lüchow-Dannenberg besteht durch die Klimaschutzleitstelle der Begriff „KLIMAPAKT“, der als Bündnisgedanke das Bekenntnis einer Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft in Aufbruchsstimmung beschreibt. Der „KLIMAPAKT“ beinhaltet also bereits das Bewusstsein über den Handlungsbedarf und verfolgt die Ziele des Masterplans (Treibhausgasemissionen und den Energieverbrauch bis 2050 zu halbieren). Der KLIMAPAKT ist ein offenes Netzwerk der klimaschutz-engagierten Organisationen, Vereine und Initiativen und Unternehmen in Lüchow-Dannenberg und wird aktuell weiterentwickelt.

Aus Sicht der Kreisverwaltung ist zu empfehlen, die Klimaschutzleitstelle gemäß Sitzungsvorlage 2019/307 zu verstetigen und in den dargestellten Handlungsbereichen des Masterplans ein Klimaschutzmanagement für den Landkreis Lüchow-Dannenberg mit dem Bekenntnis zum KLIMAPAKT einzurichten. Nur so könnte der Landkreis dem Resolutionswunsch des Antragstellers auch Taten folgen lassen. Der Masterplan bietet hierfür die Grundlage.

---

<sup>1</sup> vgl. Auflistung der KEAN, Anke Kicker, Stand 16.08.19

<sup>2</sup> vgl. KEAN <https://www.klimaschutz-niedersachsen.de/aktuelles-1/klimanotstand.html> , Stand 16.08.19).

**Anlagen:**

- Anlage 1: Auflistung der Niedersächs. Kommunen zum Thema Klimanotstand  
Anlage 2: Beschlussvorlage Konstanz  
Anlage 3: Antrag Osnabrück

**Finanzielle Auswirkungen:**

siehe Sitzungsvorlage 2019/307

---